



Das Hochwasser: eine Sternstunde der Nation.....	2
Griechenlandrettung: ein Akt der Volksfürsorge	2
Buchempfehlung:	
Demokratie - Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft.....	2
Die Mietpreisbremse: Demokratischer Neusprech 2013.....	3
...ist keine Ware!.....	3

Edward Snowden enthüllt die Dimension der Überwachung des Globus durch US-Geheimdienste

Böse Wahrheiten über die hochgelobte Freiheit - und ihre demokratische Bewältigung

Der amerikanische Patriot und Freiheits-Idealist in Diensten der National Security Agency wird an seinem Arbeitgeber irre und liefert der Welt die „größte Enthüllung in der Geschichte des US-Nachrichtengeheimdienstes NSA“ (freitag, 10.6.2013). „Wir hacken alle, überall. Wir machen gern einen Unterschied zwischen uns und den anderen. Aber wir sind in fast jedem Land der Erde, ohne uns mit diesem Land im Krieg zu befinden.“ Das von ihm veröffentlichte Material dokumentiert die universelle und weltweite Überwachung der elektronischen Kommunikation durch Inlands- und Auslandsgeheimdienste der USA sowie durch konkurrierende und kooperierende Dienste verbündeter Demokratien. Entsprechende Datenbank- und Suchprogramme („PRISM“, „Tempora“, „Xkeyscore“) machen den Verfolgungsbehörden jederzeit die Telefonate, die E-Mails und das gesamte soziale Umfeld von Bürgern aller Länder verfügbar, die in ihr Visier geraten. Snowden sieht dadurch die Errungenschaft der Privatsphäre, ja die Freiheit selbst, für die die USA eigentlich zu stehen hätten, nicht nur gefährdet, sondern weithin abgeschafft:

„Die National Security Agency (NSA) hat eine Infrastruktur aufgebaut, die es erlaubt, fast alles abzuhören. Damit wird ganz automatisch das meiste an zwischenmenschlicher Kommunikation aufgenommen, es muss noch nicht einmal beabsichtigt sein. Wenn ich mir Ihre E-Mails oder das Telefon Ihrer Frau ansehen wollte, so könnte ich das tun. Ich komme an Ihre E-Mails, Ihre Passwörter, Ihre Telefonverbindungen, Ihre Kreditkarten. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, die solche Dinge tut ... Ich möchte nicht in einer Welt leben, in der alles, was ich mache und sage, der Name jedes Gesprächspartners, jeder Ausdruck von Kreativität, Liebe oder Freundschaft aufgezeichnet wird. Ich möchte das nicht unterstützen und bin nicht bereit, das zu akzeptieren.“ (Guardian 9.6.)

Und noch etwas enthüllt Snowden an seiner eigenen Person: Er weiß, dass Whistleblower gefährlich leben. Für seine Veröffentlichung verzichtet er sich ins weniger befreundete Ausland und noch nicht einmal da fühlt er sich vor seinem Arbeitgeber sicher. Zu seiner Lebensversicherung verteilt er weiteres brisantes Material auf verschiedenen Festplatten über den Globus und droht mit Veröffentlichung, falls ihm etwas zustoßen sollte.

„Wenn wir auf der Arbeit darüber geredet haben, wie man mit Gesetzesverstößen umgehen sollte, wurde nie für ein ordentliches Gerichtsverfahren plädiert, sondern immer für entschiedenes Handeln. Sie sagten, es sei besser, jemanden aus einem Flugzeug zu stoßen, als ihn vor Gericht zu stellen. Es herrscht allgemein eine sehr autoritäre Einstellung ... Ich hätte das nicht tun können, ohne das Risiko zu akzeptieren, im Gefängnis zu landen. Man kann sich nicht mit den mächtigsten Geheimdiensten der Welt anlegen, ohne dieses Risiko zu akzeptieren. Wenn sie dich kriegen wollen, werden sie das früher oder später auch tun.“ (freitag, 10.6.)

Offenbar trifft und beschädigt er mit seinen Veröffentlichungen nicht irgendein Feld der Politik, sondern einen Kernbereich des freiheitlichen Staats.

1. „100 % Freiheit und 100 % Sicherheit sind leider nicht zu haben“!

Mit diesem Spruch rechtfertigt US-Präsident Obama die bekannt gewordenen Überwachungspraktiken als Ausdruck eines Dilemmas: Der Staat müsse die Freiheit der Bürger beschränken, weil er ihnen die Bereitstellung einer zweiten, nicht weniger wichtigen Sache schulde: Ohne Schutz und Sicherheit sei die Freiheit nichts wert, ja gar nicht zu haben. Der deutsche Innenminister Friedrich schwadroniert gleich von einem in keinem Grundrechtskatalog aufgeführten „Supergrundrecht Sicherheit“, das sich die Bürger nun mal mit gewissen Abstrichen an Freiheit und Privatsphäre erkaufen müssten. Von Zeitungen und anderen Kritikern der Überwachung kommt das Gegenargument: Geht die Freiheit nicht verloren vor lauter Sicherheit – und was ist die ohne Freiheit noch wert? Das lässt sich mit gleichem Recht und ohne Ende gegeneinander wenden, und die Öffentlichkeit versteht schnell, dass ein Kompromiss zwischen beiden unverzichtbaren Werten her muss, der die berühmte „Verhältnismäßigkeit“ wahrh. Nur wie viel Opfer an Freiheit ist die Sicherheit wert – und umgekehrt?

Die staatlichen Stellen verteidigen die Eingriffe in die ansonsten natürlich respektierte Privatsphäre der Bürger mit lauter besonderen Fällen, bei denen sie – nicht ganz zu Unrecht – darauf

setzen, dass die meisten Bürger die Vorkehrungen des Staates für seine Sicherheit als Schutz ihres Lebens und Zusammenlebens gelten lassen: Vor allem der Verweis auf den islamistischen Terror, dem durch das umfassende Abhören der Netze schon eine Reihe von Erfolgen verwehrt worden sein soll, demonstriert sofort den guten Sinn der Überwachung: Sie rettet amerikanisches und europäisches Leben! Ähnlich verhält es sich mit dem Kampf gegen den gewalttätigen Rechtsextremismus, die Mafia, Kinderpornographie-Ringe etc. Wenn Innen- und Sicherheitspolitiker dann aber darauf bestehen, dass sie, um die jeweiligen besonderen „Gefährder“ im Griff zu behalten, die ganze elektronische Kommunikation speichern und durchforsten müssen, dass sie – mit ihren Worten – den Heuhaufen des gesamten Datenstroms verfügbar haben müssen, um die berühmte Stecknadel darin zu finden, wenn sie also auf der Kontrollierbarkeit von allem und jedem als Bedingung dafür bestehen, dass die möglicherweise gefährlichen Leute herausgefischt und unter Kontrolle gehalten werden können, dann geht eben der unendliche Streit um die einander zerstörenden Werte Freiheit und Sicherheit los. Kein Wunder, denn im staatlichen Anspruch universeller Kontrollierbarkeit des gesellschaftlichen Lebens und aller seiner

► Fortsetzung Seite 4

VORTRAG & DISKUSSION

Einführung: Das Kapital

Was man bei Marx lernen kann: Alles Nötige über Arbeit und Reichtum im Kapitalismus

Mittwoch, 23. Oktober 2013, 19 Uhr

Café KOZ, Studierendenhaus Campus Bockenheim, Jügelstraße 1

Eintritt frei!

Linke Parteien zählen den Theoretiker des 19. Jahrhunderts, dessen Gedanken einmal die Welt bewegt haben, zu ihrem Traditionsbestand, seine Schriften aber kennen sie nicht mehr. Marx ist heute ein toter Hund. Um so mehr als man ihn an Universitäten, sofern man sich seiner erinnert, höflich ins geistesgeschichtliche deutsche Erbe eingemeindet – und zwar als einen Großen: Ein großer Philosoph soll er gewesen sein, dem es nach Hegel noch einmal gelungen sei, dialektisch zu denken; ein großer Soziologe, der ein System gebastelt habe, in dem die Gesellschaft von der materiellen Basis bis zum Überbau der Ideen auf ein einziges Prinzip gebracht ist, ein großer Prophet, der die Globalisierung früh vorhergesehen habe, ein großer Utopist, der sich eine schöne bessere Welt ausgedacht haben soll.

Dass Marx selbst, wenn er gefragt würde, nichts von dem genannten Großen vollbracht haben wollte, ja sich dieses Lob verbitten würde, kann seine geistesgeschichtlichen Freunde nicht bremsen. Sie verzeihen ihm ja sogar, dass er Kommunist gewesen ist. Er selbst sah seine Leistung einzig und allein in dem, was der Untertitel seines theoretischen Hauptwerkes ankündigt: in der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Marx war, wenn irgendetwas, Ökonom. Die Wirtschaftswissenschaften allerdings haben keine gute Erinnerung an diesen Klassiker, ja eigentlich überhaupt keine. Kein Wunder. Schließlich hat er nicht nur die menschenfeindliche und absurde Rationalität des Wirtschaftssystems aufs Korn genommen, das sie so vernünftig finden, er hat auch ihre verständnisvollen Theorien darüber wider- und zerlegt.

An dem Kapitalismus, den Marx in der Phase seines Entstehens analysierte und kritisierte, hat sich seit seinen Tagen dies und das, aber nichts Wesentliches geändert. Immer noch ist die Vermehrung des Geldes der beherrschende Zweck, für den gearbeitet wird – und das ist keineswegs ein geschickter Umweg zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse; noch immer sind die

arbeitenden Menschen Kostenfaktor, also die negative Größe des Betriebszwecks; noch immer findet die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, der größten Quelle des materiellen Reichtums, ausschließlich statt, um Löhne zu sparen und Arbeitskräfte zu entlassen – also um den Arbeiter ärmer zu machen.

Wegen dieser Aktualität, und nur wegen ihr, verdient es der längst verblichene Denker, dass man sich seiner erinnert. Seine Bücher helfen, die ökonomische Wirklichkeit heute zu erklären. Angeboten werden ungewohnte Gedanken über Gebrauchswert und Tauschwert, konkrete und abstrakte Arbeit, Geld und Nutzen, Arbeit und Reichtum – paarweise Bestimmungen, die unsere moderne Welt nicht mehr auseinander halten kann, während sie tatsächlich die härtesten Gegensätze enthalten. Der Vortrag wird einführen in „Das Kapital“ und für eine längerfristige Kapital-Lektüre werben, zu der sich gerade ein für alle Interessierte offener Lesekreis bildet.

P.S.: Am Rand bleibt für Kenner eine Abgrenzung zu den Marxologen nachzutragen, die sich ausgerechnet, weil es keinen Sozialismus in der Realität mehr gibt, zu einer „Neuen Marxlektüre“ befreit und herausgefordert sehen. Sie wollen nichts mehr zu tun haben mit der Arbeiterklasse und dem Anprangern der Ausbeutung; entdecken vielmehr in allen Gegenständen und Themen des dreibändigen Werkes eintönig immer dasselbe: „Fetischisierte Vergesellschaftung“. Sie studieren Marx, aber weniger, um der ausgearbeiteten Kritik des Kapitalismus seine Kritik zu entnehmen; sie lesen das Buch mehr als eine gelungene Antwort auf ihre Frage, warum die praktische Kritik, die der Kapitalismus verdient hätte, immerzu ausbleibt. Sie erklären nicht sich und anderen, warum die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht zu ihnen passt und abgeschafft gehört, sondern warum sie in Gedanken und Praxis so gut zu ihr passen.

Damit wollen wir nicht verwechselt werden.

farbeROT lädt ein zum Start des wöchentlichen

ARBEITSKREIS KAPITAL

Karl Marx: Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie; Erster Band

Damit die Seitenangaben für die Teilnehmer einheitlich sind, empfehlen wir die Ausgabe:

MEW 23, Dietz-Verlag ISBN: 978-3-320-00262-6

Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim (Eingang links neben dem Café KOZ)

K1, K2 oder K3 (im 1. Stock) oder K4 (2. Stock)

ab 30. Oktober 2013 mittwochs um 19 Uhr

eventuelle Termin- oder Raumänderungen siehe www.farberot.de

Veranstalter: farbeROT

Das Hochwasser: eine Sternstunde der Nation

Im Frühsommer herrscht Flutkatastrophe. Anwohner, Soldaten und Katastrophenhelfer sind im Dauereinsatz gegen die Wassermassen. Weite Landstriche sind überschwemmt, die Leute verlieren Haus, Hof und Einkommen.

Angesichts dieses Ausnahmezustands bleibt die Politik bei ihrem gewohnten Geschäft: Die Katastrophe erweist sich nämlich mal wieder als schöne Gelegenheit, das Lob der Nation und ihrer Tugenden anzustimmen.

In ihrer Rede zum Nachtragshaushalt für die Bewältigung der Hochwasserkatastrophe führt Merkel vor, wie das geht.

Von ihren Besuchen in den Hochwassergebieten hat sie, bei aller Zerstörung, Großes und Positives zu vermelden. An den Leuten, die bis zum Umfallen Sandsäcke und Wassereimer geschleppt haben, gefallen ihr nicht nur der „Geist der Nachbarschaftshilfe“ und der „Mut und die Entschlossenheit, sich nicht unterkriegen zu lassen“, sondern ganz etwas anderes:

„Wir erleben einmal mehr: In der Stunde der Not stehen die Menschen in Deutschland zusammen. Sie packen gemeinsam an, sie stehen einander bei. Wir sind ein starkes Land. Der Zusammenhalt ist eine der größten Stärken unseres Landes ... Das ist gelebte Solidarität.“

Wo Nachbarn angesichts der Wassermassen zusammenarbeiten, um Sandsäcke zu schlichten und Keller zu leeren, konstatiert sie: Deutsche helfen Deutschen! Sie sind „füreinander da“ – als Deutsche! Und wenn Nachbarschaftshilfe schon irgendwie dasselbe ist wie die Bildung einer nationalen Schicksalsgemeinschaft – dann ist deutsche Politik ungefähr dasselbe wie Nachbarschaftshilfe:

„Unser Land stellt einmal mehr unter Beweis, dass der so oft bemühte Begriff Solidarität für uns keine Phrase ist ... Zu dieser gelebten Solidarität will auch die Politik ihren Beitrag leisten ... Denn immer dann, wenn es darauf ankommt, sind wir füreinander da.“

Da herrscht ein edler Geist, zu dem auch der Staat und seine oberste Dienerin ihren Beitrag leisten: Der Nachtragshaushalt zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe wird zu einem Solidaritätsakt des Staates mit seinem gebeutelten Volk: Soforthilfe und Kurzarbeitergeld für Leute, die mit ihrem Mobiliar und ihrem Arbeitsplatz alles verloren haben, die Investitionshilfen und Kredite für Unternehmen und die Gelder für die Wiederherstellung der Infrastruktur an die Gemeinden stehen für ein und dasselbe: für die Spende des großzügigen Nachbarn Staat an sein ausgezeichnetes Volk.

In Sachen nationales Lob will die SZ der Kanzlerin in nichts nachstehen. Sie entnimmt

der Fluthilfe eine Lehre, auf die man erst mal kommen muss.

Die Flutkatastrophe beweist: Verarmung lohnt sich!

„So gut muss es einem Land erst einmal gehen, so reich muss es sein und so stark. Man stelle sich nur einmal vor, eine Naturkatastrophe dieses Ausmaßes hätte Griechenland heimgesucht oder Spanien oder ein anderes Euro-Krisenland. (...) Die Lehre aus der zweiten deutschen Fluthilfe lautet in einem Satz: Reformen lohnen sich. Es hat sich gelohnt, dass die Sozialversicherungssysteme sattefester gemacht wurden und der Arbeitsmarkt flexibler. Der Lohnverzicht hat sich gelohnt, es hat sich gelohnt, auf einen Kurs der Haushaltskonsolidierung zu setzen, auch wenn dieser in den vergangenen Jahren deutlich konsequenter hätte gefahren werden können. Wer trotz des größten Wirtschaftsbooms der letzten 25 Jahre noch daran gezweifelt hat, dass die Anstrengungen des vergangenen Jahrzehnts der Mühe wert waren, den mag die Nonchalance überzeugen, mit der das Land die Kosten dieser Katastrophe verbucht und wahrhaft leichten Herzens Solidarität übt. (...) Ein Land, in dem öffentlicher Finanznotstand herrscht, kann keine Katastrophen verkraften, ist also im Zweifel nicht in der Lage, denen zu helfen, die Hilfe am nötigsten brauchen.“ (SZ, 15.6.)

Eine kleine Studie über den Unterschied zwischen erklären und rechtfertigen: Wild entschlossen, die Politik der sozialen Kürzungen der letzten Jahrzehnte zu rechtfertigen, lässt sich der Herr von der SZ einen Zusammenhang zwischen Hartz IV-Reformen und staatlicher Fluthilfe einfallen, der sachlich gesehen ein Witz ist: Weil der deutsche Staat in den letzten Jahren sein Volk tatkräftig verarmt hat, kann er jetzt den Dreck der Flutkatastrophe wegräumen lassen?! Im Sinne dieses konstruierten Zusammenhangs ließe sich alles, was der deutsche Staat an Notwendigkeiten und Luxus locker zu finanzieren vermag – von den Subventionen der Bayreuther Festspiele und der Doping-Forschung bis zum Kampfjet- und Autobahnbau – als rechtfertigende Konsequenz aus den sozialen Kürzungen der letzten Jahre darstellen.

Ob der Mann überhaupt weiß, was er da in seinem Drang, den sozialen Grausamkeiten der letzten Jahre einen guten Sinn anzudichten, aufgeschrieben hat? Wenn tatsächlich die massenhafte Verarmung innerhalb der arbeitenden Bevölkerung nötig sein sollte, damit im Falle einer Überschwemmung hinterher wieder aufgeräumt und aufgebaut werden werden kann – dann wäre das doch wohl ein vernichtendes Urteil über ein Gemeinwesen, das wegen etwaiger Naturkatastrophen sein Volk einer permanenten Verelendungskur unterziehen muss. ◀

Griechenlandrettung: ein Akt von Volksfürsorge

Den guten Ruf, den Politiker und Technokraten der Troika, ihren Griechenland-Rettungsmaßnahmen samt den als alternativlos geltenden Sparauflagen anheften, eine Hilfe für die griechische Bevölkerung zu sein, hält Attac für reinen Schwindel.

„Das Ziel der politischen Eliten ist nicht die Rettung der griechischen Bevölkerung, sondern die des Finanzsektors ... Die Rechnung hingegen habe die griechische Bevölkerung begleichen müssen – in Form einer brutalen Kürzungspolitik, die die bekannten katastrophalen sozialen Folgen hat ... Die weit verbreitete und von europäischen Politikern öffentlich vertretene Position, dass das Geld der sogenannten ‚Rettungspakete‘ den Menschen in Griechenland zugutekommen würde, so Aktivistin Mittendrein, ist widerlegt!“ (SZ, 17.6.13)

Für die SZ ist mit diesem sozialkritischen Hinweis überhaupt nichts widerlegt.

„Eine wichtige Frage lassen die Globalisierungskritiker unbeantwortet: Was wäre eigentlich passiert, wenn die Staatengemeinschaft der Regierung in Athen 2010 nicht zur Hilfe geeilt wäre? Nach Ansicht fast aller Experten hätte sich Griechenland in einem solchen Fall binnen weniger Wochen für zahlungsunfähig erklären müssen – mit unabsehbaren Folgen für den Zusammenhalt der gesamten Währungsunion und noch dramatischeren Konsequenzen für die Griechen selbst. Der Staat hätte von heute auf morgen die Zahlungen an Beamte, Rentner und öffentliche Einrichtungen – darunter Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten – einstellen müssen. Und die Banken wären schlicht kollabiert. Mittelbar, so argumentiert zum Beispiel die Bundesregierung, seien die Kredite der Euro-Partner und des IWF deshalb sehr wohl den Bürgern Griechenlands zugutegekommen. Mit dem Hilfsprogramm habe man Athen die nötige Zeit verschafft, den Staatshaushalt zu sanieren, den Schuldenabbau einzuleiten und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu steigern, heißt es im Finanzministerium ... Ähnlich sieht man das in der sogenannten Troika (...): Auch die Milliarden für die Banken-Rekapitalisierung nutzen demnach dem einfachen Bürger, weil eine Volkswirtschaft ohne vernünftig ausgestattete Banken nicht funktionsfähig sei. Weder seien die Einlagen der Bürger sicher, noch kämen Unternehmen an dringend notwendige Investitionskredite.“ (a.a.O.)

Der Vorwurf, der Reichtum lande immer bei den Reichen, wird nicht im Geringsten bestritten. Der Hinweis auf die totale Abhängigkeit des gesamten gesellschaftlichen Lebensprozesses vom Erfolg der Finanzinstitute rechtfertigt eine eindeutige Prioritätensetzung: erst müssen die Banken gerettet werden, bevor ein Volk die Chance hat, den Notstand der Staatsfinanzen seiner Obrigkeit zu überleben.

Es ist schon eine Meisterleistung, den drastisch abgebildeten Gehalt dieser Abhängigkeit nicht gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse sprechen zu lassen. Das Kunststück kommt nicht aus ohne das Spiel mit der Vorstellung, die Bankenrettung sei irgendwie ein Mittel, mindestens eine positive Voraussetzung für eine Besserung der Lage der griechischen Bevölkerung – obgleich der Autor selbst für einen solchen Irrglauben genau betrachtet nicht den geringsten Spielraum lässt. Denn erstens ist mit der Absolutheit der Bedingung – ohne die Banken geht überhaupt nichts! – ausgesprochen, dass das Finanzgeschäft der Zweck und das gesamte gesellschaftliche Leben reines Anhängsel und Produkt dieser privaten Gewinnrechnung ist. Und zweitens ist, auch wenn für die Hauptsache gesorgt ist, selbst als Kollateraleffekt noch nicht mal in Aussicht gestellt, dass hinterher wieder irgendwas für die Leute funktioniert, mal abgesehen davon, dass sie großzügigerweise nicht um ihr Erspartes gebracht werden. Als „mittelbarer“ Nutzen ist versprochen, dass sie eine handlungsfähig gehaltene Staatsgewalt über sich haben, die den Staatshaushalt saniert, also an ihnen spart und „Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten“ sukzessive schließt, die Schuldenabbau betreibt, also ihren reichen Gläubigern das zukommen lässt, was ihnen zusteht, und die dafür sorgt, dass von Produktionsstätten samt Arbeitsplätzen garantiert nur noch das übrig bleibt, was wettbewerbsfähig ist und damit möglicherweise als Stoff für künftige Kreditspekulationsgeschäfte erhalten kann.

Der Autor ‚wirbt‘ also für seine Sicht der Dinge mit nichts anderem als mit dem Verweis auf die pur negative Abhängigkeit der Leute von dem, was im kapitalistischen Gemeinwesen Zweck ist. Ausgerechnet die angeführten brutalen Konsequenzen für die Bevölkerung im Fall, dass das Finanzgeschäft der Reichen nicht aufgeht, sollen der gute Grund dafür sein, diese schäbige Veranstaltung zu akzeptieren und ihr auch weiterhin bedingungslos zu entsprechen.

Eine Fassung übrigens, wie die Griechen dem Bedarf von Staat und Kapital derzeit nachkommen dürfen, kann am dortigen Gesundheitswesen besichtigt werden. Die Krankenversorgung gehört zu den ersten Einrichtungen, die geopfert werden müssen. Dass dies bisweilen mit deren angeblicher „Ineffizienz“ begründet wird, ist ein Hohn auf das, was wirklich betrieben wird: Der einzige Effekt, um den es im Gesundheitswesen geht und den es bisher auch erbracht hat, nämlich Kranken die benötigte medizinische Betreuung zukommen zu lassen, wird staatlicherseits weitreichend verunmöglicht. Zugleich stellt es aber einiges klar über das Verhältnis von Staaterfolg und Volksfürsorge: Wenn sich das Volk nicht als Quelle von Finanzreichtum für seinen staatlichen Herrn erweist, hat es sich seine eigene Erhaltung auch nicht verdient. Auch Krankenversorgung ist eine Weise, über seine Verhältnisse zu leben ... ◀

GEGENSTANDPUNKT

Ab sofort im Buchhandel erhältlich:



Demokratie gilt, mittlerweile weltweit, als Wert, der sich – wie es sich für einen Wert gehört – von selbst versteht. Für und gegen staatliche Einrichtungen und Verfahrensweisen lässt sich, wie gut oder schlecht auch immer, argumentieren; beim Wert ‚Demokratie‘ ist das unzulässig: Der wird nicht geprüft; an ihm werden Staatsverfassungen und Regierungsaktivitäten gemessen. Die Idee ist dabei die, eine Herrschaft, die sich von ihrem Volk periodisch beauftragen lässt, wäre keine Herrschaft; eine Gewalt, die sich von denen, die ihr gehorchen müssen, legitimieren lässt, wäre keine; Lebensverhältnisse, deren politische Macher und Aufseher in Wahlkämpfen durch Publikumsentscheid ermittelt werden, wären verwirklichte Freiheit. – Das ist das Eine.

Dass das entscheidungsbefugte Publikum in seinem Alltag von seiner Wahlfreiheit viel hält; dass es darauf so große Stücke hält, wie die demokratische Wertlehre es unterstellt; erst recht: dass es von der Konkurrenz der Wahlkämpfer um seine Stimme besonders angetan wäre: das lässt sich allerdings nicht behaupten. Unter wahlberechtigten Bürgern ist es Sitte, die Bedeutung der eigenen Wahlstimme „illusionslos“ zu sehen, also gering zu schätzen, den Wahlkampf als „Zirkus“ zu verachten, von den Politikern eine überwiegend schlechte Meinung zu haben – und trotzdem zur Wahl zu gehen, wenn sie angesetzt ist. – Das ist das Andere.

Also wieder mal ein Fall von ‚schöner Idee‘ und ‚unzureichender Verwirklichung‘? Beide Sichtweisen, die Hochachtung vor dem Ideal wie das mehr oder weniger verächtliche Abwinken bezüglich der Praxis, gehen daran vorbei, was Demokratie tatsächlich ist und was das Institut freier Wahlen tatsächlich leistet. Immerhin hat man es mit einem System politischer Herrschaft zu tun, das sich auf seine durch ein freies Wählervotum beglaubigte Unabhängigkeit von seiner Basis – vom ‚Druck der Straße‘ – viel zugute hält.

Notwendige Überlegungen zur Sache enthält die vorliegende Sammlung von Artikeln aus verschiedenen Jahrgängen der Zeitschrift ‚Gegenstandpunkt‘. Das Material, das diese Aufsätze verwenden, ist teilweise nicht mehr aktuell; die daraus gezogenen Schlüsse sind es leider nach wie vor. Die je aktuellen Entsprechungen wird der Leser selbst finden, solange die Staatsgewalt, der er gehorcht, demokratisch funktioniert.

ISBN 978-3-929211-13-8 241 Seiten € 14,80

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag: Kirchenstr. 88, 81675 München
Tel. (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05

E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de Internet: www.gegenstandpunkt.com

oder bei folgenden Buchhandlungen:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern • MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel
RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Pdf-Ausgabe (seitengleich mit der Druckausgabe): € 10,00 ISBN 978-3-929211-41-2
Epub-Format für Ebook Lesegeräte: € 10,00 ISBN 978-3-929211-42-9
Mobi-Format für Kindle Lesegeräte: € 10,00

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-13

Frankreich ringt um sein europäisches Weltmachtprojekt

Die Weltfinanzkrise hat inzwischen in Europa – in unterschiedlichem Maß – die Staaten beschädigt. Die Masse an Euro ist, das ist kein Geheimnis, kein Ausweis gelungener kapitalistischer Geschäfte. Sie verdankt sich hoheitlicher Kreditmacht, die die fallierenden Vermögen der Banken gerettet hat. Im Gefolge davon leiden viele Euro-Staaten unter einer untragbaren Schuldenlast und drohen ihren Kredit zu verlieren. Mindestens genauso bzw. in ihren Augen viel mehr leiden sie allerdings im Europa des gemeinsamen Geldes an der von Deutschland als Konkurrenzgewinnler in Europa dominierten Krisenpolitik. Schon gleich die zweite Führungsmacht, Frankreich sieht sich in seinem Europa-Programm durch Deutschland betroffen und herausgefordert. Frankreichs Europa-Politik zielt nämlich seit je auf eine weltpolitische *Machtrolle* Europas unter der Regie Frankreichs in Alternative zum Projekt einer europäischen *Wirtschaftsmacht* unter deutscher Führung. Dafür braucht und strapaziert die ‚Grande Nation‘ ihren Kredit, plädiert für einen freieren hoheitlichen Gebrauch staatlicher Kreditmacht und das alles mit der Perspektive, Europa durch die Wahrnehmung militärischer ‚Verantwortung‘ als ein globales Machtzentrum zu etablieren. Damit stößt Paris an die Schranken einer deutschen Krisenpolitik, die die Staaten auf ‚Solidität‘, die Beglaubigung ihres Kredits durch das Finanzkapital, und damit auf eine restriktive Haushaltspolitik festlegt, die sich strikt an dessen Ansprüchen ausrichtet. Und seine europäische Machtambition beißt sich an einem Deutschland, das sich strategisch nach wie vor am Bündnis mit den USA ausrichtet.

Ägypten: Der Kampf zwischen religiösen Sanierern und militärisch-säkularen Bewahrern eines unhaltbar gewordenen Staatsprojekts

Ägypten kommt ‚nicht zur Ruhe‘; das Volk nicht, aber auch die staatsbestimmenden Kräfte nicht. Die überkommene zivile Staatselite und das Militär haben die Gewählten aus dem Kreis der Muslimbrüder entmachtet. Das wird je nach Geschmack als unbilliger Putsch oder als unvermeidliche Rettung und neue Chance für eine demokratische Befriedung des Landes gewertet. Allerdings gehen alle Aufrufe, es sei endlich an der Zeit für eine ‚friedliche Einigung‘, davon aus, dass eine Versöhnung nicht absehbar ist. Der GEGENSTANDPUNKT erläutert ausführlich, welche politischen Gegensätze dort ausgetragen werden, welche nationalen Programme da gegeneinander stehen, und warum sie Volk und Führung in verfeindete Fraktionen spalten. Er gibt ferner Auskunft darüber, wie widersprüchlich ein in den Weltmarkt eingebundenes Land wie Ägypten sich als Staat erhält und wie folgerichtig es daher in einem andauernden Machtkampf zerfällt.

Beutekunst in Bayreuth, die Buhlschaft in Moskau, Wagner in Salzburg... Alles Fragen der Kultur. Nur: Kultur, wie geht das?

Liebhaber von Kultur wissen meist auch, dass sie schon ziemlich lange währt und nicht zuletzt deswegen Achtung genießt. Denn als Reich der Freiheit wird sie geschätzt, von nicht wenigen, und von den in ihr Tätigen schon gleich, für wertvoller und wahrer angesehen, als das schnöde Reich der Notwendigkeiten. Anlass genug, einmal dem eigentümlichen Gebrauch der Freiheit, die in kulturellen Belangen zum Zuge kommt, nachzugehen und das einigermassen instrumentelle Verhältnis zu den Niederungen des gesellschaftlichen Alltags und zu den gehobeneren Sphären der modernen Herrschaften zu erläutern.

Ferner in der Chronik:

Ein Endpunkt des gewerkschaftlichen Kampfs um Arbeitsplätze:
Die IG Metall appelliert an die Wirtschaftsinteressen der Bundesregierung

Die Mietpreisbremse: Demokratischer Neusprech 2013

Die Massenproteste in der Türkei und Brasilien bekommen
überwiegend gute Noten vom deutschen Demonstrations-TÜV:

1. Die Teilnehmer sind „in der Mehrheit friedlich“.
 2. In der Türkei demonstrieren „junge Menschen aus der urbanen Mittelschicht“, in Brasilien stammt die „Mehrheit dieser Rebellen keineswegs aus den Favelas, sondern aus der Mittelschicht.“
 3. Die Protestbewegung hat kein politisches Programm.
 4. Ein Protest für echte Volksherrschaft
- ... und überhaupt politische Verhältnisse wie bei „uns“.

Hungerstreikende Asylbewerber in München:
Bedrohlicher Anschlag auf den Rechtsstaat erfolgreich abgewehrt
Der Papst prangert die Indolenz der Welt gegenüber dem Flüchtlingselend an:
Klarstellungen der Öffentlichkeit zum Verhältnis von Politik und Moral

Detroit ist pleite, die deutsche Presse informiert:
Kapitalismus ist ein Schicksal, dem man sich geschickt zu fügen hat

Noch eine Enthüllung: Doping für die nationale Ehre

Das Verlagsprogramm und weitere Artikel stehen im Internet unter
www.gegenstandpunkt.com.

Auf den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags sind
kostenlose Probeexemplare der Zeitschrift erhältlich.

Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Einzelpreis 15,00 € 168 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Ab sofort gibt es das Abonnement auch in Form einer PDF-Datei. Abonnenten der Druckausgabe erhalten auf Wunsch die jeweilige PDF-Datei ohne weitere Kosten.



Anfang Oktober erscheint:

GEGENSTANDPUNKT Archiv auf CD-ROM

1-1992 bis 4-2012

Ebook & Html

Alle Texte von 1992 bis 2012 in den Ebook-Formaten .epub und .mobi für Lesegeräte
sowie im Html-Format für alle Browser
€ 20,00

... ist keine Ware!

„Bildung ist keine Ware!“ (Plakat gegen Studiengebühren)

„Wasser ist ein öffentliches Gut, keine Handelsware!“ (Petition right2water.eu)

„Gesundheit ist keine Ware!“ (Kritik an der Privatisierung des Gesundheitswesens)

„Wohnraum ist keine Ware!“ (Parole gegen Gentrifizierung)

Immer mal wieder stören sich kritische Menschen an der einen oder anderen Stelle daran, dass ein wichtiges Gut mit einem Preis versehen wird, zu dem Bedürftige es sich nicht mehr leisten können. Dass sie ihren Einspruch gegen

die Realität so vortragen, als verbiete die Realität höchstselbst, aus diesem hohen Gut einen Geschäftartikel zu machen, ist zwar ihr Fehler. Aber bemerkt haben sie, dass die Zweckbestimmung, mit einem Gut Geld zu erlösen, die Bedürftigen vom Gegenstand ihres Bedarfs grundsätzlich ausschließt und sich zur Bedingung der Überwindung dieses Ausschlusses macht. Kurz: Bemerkt haben sie die Bedürfnisfeindlichkeit der Warenform der Güter.

Fragt sich bloß: Welches Gut sollte denn vernünftigerweise eine Ware sein? Lebensmittel vielleicht, oder die auch nicht? Was ist eigentlich unnütz und unwichtig genug, dass es ruhig Ware sein darf? ◀

Die Mietpreisbremse: Demokratischer Neusprech 2013

Die Kanzlerin stellt Deutschlands Mietern im Wahlkampf eine „Mietpreisbremse“ in Aussicht: In Städten, in denen die Mieten besonders schnell steigen, soll es „eine Begrenzung der Mieterhöhung bei Neuvermietungen“ geben.

Die FDP lässt dazu verlauten: Wenn man den Investoren die *Mietsteigerungen verwehrt*, die sie am Markt durchsetzen können, und damit die Renditen vermässelt, dann *bauen sie weniger neuen Wohnraum* – und die *Mieten steigen erst recht*.

Auch wenn es manchmal so aussieht, als stünde in der Welt des freiheitlichen Eigentums

alles auf dem Kopf –

– die Kostenlast für Mieter kann nur dann sinken, wenn man ihren Anstieg bremst;

– langfristig können Mieten nur sinken, wenn sie steigen, und

– wer zu hohe Mieten für eine Beeinträchtigung seiner Lebensverhältnisse hält, kann diese verbessern, indem er die wählt, die sie hergestellt haben –:

Genau so passen Demokratie und Marktwirtschaft zusammen. ◀

„Snowden“ - Fortsetzung von Seite 1 ►

Akteure zeigt sich ein *Sicherheitsbedürfnis*, das *fundamentaler* ist als alle Anwendungsfälle, auf die die Politiker sich berufen. Es reicht weiter und geht jedem möglichen Angriff auf was auch immer voraus. Denn es fällt zusammen mit dem gewaltmonopolistischen Ordnungsanspruch des Staates überhaupt: Zugriff auf das Tun und Lassen der Bevölkerung ist die erste Bedingung und unverzichtbare Grundlage für die elementare hoheitliche Leistung, flächendeckend und verbindlich Recht zu setzen und der nationalen Gesellschaft die Bedingungen ihrer ordnungsgemäßen Handlungsfreiheit vorzugeben. Wie dieser Zugriff aussieht, wie groß die Lücken sind, die er lässt, das hängt von der Beschaffenheit der Staatsmacht, insbesondere von ihren tatsächlich verfügbaren Mitteln ab. An irgendwelche, gar einschränkende Bedingungen ist er aber nicht geknüpft; und schon gar nicht wartet der politische Souverän mit der Sicherung seines Gewaltmonopols ab, ob sich womöglich gegen seine Rechtsordnung Widerstand regt oder rechtswidrig Gewalt angewendet wird. Souveränität kommt logisch und sachlich und in der Hierarchie der politischen Güter vor dem besonderen gesetzlichen Rahmen, den der Souverän seiner Gesellschaft verpasst, und erst recht vor jeder Ordnungswidrigkeit, um die er sich kümmert – und sie besteht in gar nichts anderem als in der prinzipiellen Fähigkeit der staatlichen Hoheit, alle und alles von den eigenen Vorschriften abhängig zu machen, also der eigenen Kontrolle zu unterwerfen.

Wie jede Diktatur hat auch der demokratische Staat daher auf alles ein Auge, hält die regierte Menschheit in seinem Griff und gibt sich so – was Snowden und alle Freiheitshelden des Feuilletons mal mehr mal weniger ehrlich erschreckt – als *Herrschaft zu erkennen*. Zur politischen Freiheit, auf die der demokratische Staat so große Stücke hält, steht das nicht im Widerspruch: Im Unterschied zum freien Willen, den jeder Mensch als bewusstes Subjekt mit sich bringt, bezeichnet die Freiheit des bürgerlichen Subjekts ein *Verhältnis*, nämlich zwischen ihm und einer übergeordneten Kontrollinstanz: das Verhältnis der *Lizenz*, die die bürgerliche Herrschaft ihren Rechtssubjekten gewährt – und gleich mit den Konditionen ausstattet, unter denen sie wahrzunehmen ist. Zu diesem Verhältnis passt es nicht, dass sich im Leben der Gesellschaft eine Sphäre – der Cyberspace – entwickelt, in die der Staat nicht, womöglich grundsätzlich nicht hineinschauen kann. Einen staatsfreien Raum lässt er auch auf dem Feld des elektronisch übermittelten Meinens und Sich-Verabredens nicht zu. Den Raum erschließt er sich gerade mit der entsprechenden Hard- und Software; und vieles davon ist, wie die Kanzlerin nicht so unpassend meint, technisch wie juristisch „Neuland“.

Gar nicht neu ist der Standpunkt der Überwachung der Gesellschaft selbst. Seit je leisten sich freiheitliche Demokratien Inlandsgeheimdienste, Staatssicherheits- und Verfassungsschutzorgane und machen damit deutlich, dass sie sich nicht zum ausführenden Organ der politischen Meinungsbildung im Volk zu machen gedenken, sondern dass sie umgekehrt dieser Willensbildung den Rahmen setzen, dass sie die Bürger auf die Freiheit des Privatsubjekts verpflichten, die sie definieren, und dass sie alle Bestrebungen unterdrücken, die diese Freiheit missbrauchen oder ablehnen. Das Abhören von Telefonen gab es bekanntlich schon im analogen Zeitalter, und sogar das Briefgeheimnis bekamen die Bürger von einer Obrigkeit zugesichert, die, wenn sie wollte, die Post lesen konnte – und das bei Bedarf auch tat.

Neu ist die *Leichtigkeit und Billigkeit* – und damit auch *das Umfassende des Überblicks*, den der Staat sich dank der Digitalisierung des gesamten Lebens über das Tun und Lassen seiner Bürger verschafft: In Form schriftlicher oder mündlicher Mitteilungen, aber auch beim Einkaufen, Bezahlen, bis hin zum GPS-erfassten Aufenthaltsort hinterlässt ein jeder, dem SPIEGEL zufolge, nicht weniger als 500 elektronische Spuren pro Tag. Die sichert sich der Staat mit neuen Mega-Daten-Speichern und lässt Auswertungsprogramme darüber laufen, die nach den Techniken der Rasterfahndung alles mit jedem kombinieren und so Persönlichkeitsprofile, Interessen und das soziale Umfeld

der Bürger erschließen und Alarm schlagen je nach dem, welche Suchkriterien eingegeben sind. Dafür leisten nicht zuletzt die Betreiber von Suchmaschinen, social networks sowie Internethändler beachtliche Vorarbeit, wenn sie im Interesse ihrer Werbung Algorithmen zur Erfassung von Kundenprofilen entwickeln. Es ist ein historischer Witz, dass die Generation der digital natives sich vom offenen, diskriminierungsfreien Netz einen gewaltigen Freiheitsgewinn versprochen hat: Nicht nur sollte die allgemeine Verfügbarkeit des gesellschaftlichen Wissens dessen Exklusivität und daraus resultierende Privilegien beseitigen; das Internet 2.0 sollte den Konsumenten von Information zu ihrem Produzenten fortentwickeln; Wikileaks schließlich wollte die Institutionen der Herrschaft transparent machen und so glatt ihres Herrschaftscharakters entkleiden. Wie es aussieht, hat der Bürger vor allem sich total transparent und zum Produzenten von Informationen über sich selbst gemacht und einen Grad politischer Überwachung ermöglicht, wie er früher auch mit einem gewaltigen staatlichen Aufwand an Geld und Personal so nicht möglich war. Von der DDR mit ihrer Stasi heißt es, sie habe 10 % der Bevölkerung mit der Überwachung der übrigen 90 % beschäftigt – und ihr Einblick in Meinung und Willen ihrer Bürger war dennoch bruchstückhaft im Vergleich zu dem, was heutige Sicherheitsorgane wissen, wenn sie nur wollen.

Die negativen Utopien vom totalen Überwachungsstaat (Orwells „1984“ und ähnliche) werden auf eine andere, realistische Weise wahr. Innenminister und Sicherheitsexperten treten der Horrorvision vom Big Brother mit der beruhigenden Feststellung entgegen, dass eine Manipulation der Menschen nicht beabsichtigt sei und dass das umfassende gespeicherte Datenmaterial nur in den wenigen Fällen von angezeigtem Verdacht näher ausgewertet werde, in den allermeisten dagegen die Privatsphäre der Bürger gewahrt bleibe. Der Staat interessiert sich nicht für das Liebesgeflüster von Hinz und Kunz, er schaffe sich mit dem Speichern und Durchforsten der Datenspur *die Möglichkeit*, genauer nachzuschauen, wo gesuchte Schlüsselworte fallen oder die automatische Überwachung auf andere Weise Verdachtsmomente zu Tage fördert. Was auch sonst! Das ist ja gerade

Die politische Freiheit des bürgerlichen Rechtssubjekts ist nichts anderes als die Lizenz zu einer ordentlichen Lebensführung, die die Staatsgewalt den Mitgliedern der überwachten Konkurrenzgesellschaft ausstellt; und die Sicherheit, für die diese Instanz sorgt, ist nichts anderes als eben die Funktionstüchtigkeit und Allgegenwart des Gewaltmonopols, mit dem sie für die Geltung ihrer Erlaubnisse und Verbote sorgt.

der Reiz der automatischen Filter, dass sie aus für sich unverdächtigen Datenspur aller Bürger verdächtige Muster abzuleiten erlauben. Da wird so getan, als sei mit dem Hinweis auf die bloße Möglichkeit näherer Ausforschung irgendeine Beschränkung der allgemeinen Überwachung ausgedrückt und nicht ihr zweckmäßiger Vollzug.

Den teilt der Souverän sich natürlich allemal im Hinblick auf besondere, begrenzte Sicherheitsbelange ein. Nur, damit er anlassbezogen reagieren kann, ist er sich den umfassenden Überblick über alles schuldig, was ihn als zuständige Gewalt herausfordern könnte. Den einschlägigen Anlässen ist im Übrigen anzusehen, dass sie keineswegs aus heiterem Himmel auf den Staat zukommen und ihn zu Abwehrmaßnahmen nötigen, die er von sich aus nicht im Programm hätte. Wo der politische Souverän seiner Gesellschaft rechtlich die Bedingungen vorgibt, unter denen ein jeder frei an seiner Lebenskarriere zimmern darf, stellt er von vornherein in Rechnung, dass er die Leute zu einer Kooperation auf Basis gegensätzlicher Interessen nötigt: Sein Recht zwingt Konkurrenten zu Kompromissen, rechnet mit Verstößen und trifft per Androhung und Vollzug von Gewaltmaßnahmen Vorbereitungen dafür, dass auf alle Fälle die eigene Geltung gesichert ist. Und weil ein bürgerlicher Souverän für die produktiven Interessengegensätze, die er in seinem Hoheitsbereich organisiert, auch den Rest der Welt in Anspruch

nimmt, schafft er sich weltweit Problemfälle: Partnerstaaten, die in ein ganzes Netzwerk antagonistischen Zusammenwirkens verstrickt werden, Völker, die die Konsequenzen eines völkerrechtlich durchorganisierten Konkurrenzgeschehens namens „Weltmarkt“ und „Weltordnung“ schlecht aushalten und nicht nur der lokalen Herrschaft, sondern auch den maßgeblichen bürgerlichen Staaten Schwierigkeiten machen; politische Bewegungen, die Formen militanten Widerstands gegen die etablierten Gewaltverhältnisse erproben. Die Sicherheitsprobleme, von denen Amerika sich betroffen sieht und mit deren Abwehr die US-Regierung derzeit ihr globales Überwachungswesen rechtfertigt, sind bekanntlich das Resultat einer „asymmetrischen“ Offensive autonomer Gruppen – frommer NGOs –, die im Namen eines höheren Rechts gegen die Herrschaft der Weltmächte und deren globale Rechtsordnung aufbegehren.

Wenn die Obama-Regierung also darauf besteht – und ihre demokratischen Kollegen ihr darin beipflichten –, dass sie mit ihren weitreichenden Sicherheitsvorkehrungen nichts als die Freiheit ihrer Bürger schützt – und die befreundeten Völker gleich mit –, dann hat sie in der Sache mehr Recht, als ihr zugebilligt wird; und darin findet auch das diskutierte Missverhältnis zwischen allfälligen Schutzmaßnahmen und der zu respektierenden Privatsphäre seine sachliche Auflösung: Die politische Freiheit des bürgerlichen Rechtssubjekts ist nichts anderes als die Lizenz zu einer ordentlichen Lebensführung, die die Staatsgewalt den Mitgliedern der überwachten Konkurrenzgesellschaft ausstellt; und die Sicherheit, für die diese Instanz sorgt, ist nichts anderes als eben die Funktionstüchtigkeit und Allgegenwart des Gewaltmonopols, mit dem sie für die Geltung ihrer Erlaubnisse und Verbote sorgt. Insofern sind Freiheit und Sicherheit tatsächlich die beiden Seiten derselben Medaille: der Hoheit des staatlichen Lizenzgebers.

Ein Dilemma sich ausschließender Grundwerte und Stoff für eine aufgeregte Grundsatzdebatte über die Natur des Gemeinwesens wird daraus nur, weil Regierungen wie ihre Kritiker sich darin einig sind, Freiheit und Sicherheit anders aufzufassen, sie nämlich als Besitzstände und Ansprüche der Bürger zu idealisieren, die der Staat zu respektieren bzw. ihnen zu gewährleisten habe. Man denkt sich die *politische Freiheit ohne Staat*, d.h. nicht als eine vom Staat gesetzte Ordnung, sondern wie die anthropologische Willensfreiheit, die einem wirklich nicht erst ein Staat schenken muss, als ein natürliches Recht, das Bestand ausgerechnet dadurch haben soll,

dass der Staat sich aus dem Bereich der Selbstbestimmung des Bürgers heraushält und seine *Herrschaft beschränkt*. In diesen Bereich – so sieht das die bürgerliche Welt – kann die Obrigkeit von *außen* eingreifen, aber nur, wenn der Eingriff *im Interesse der Sicherheit des Bürgers* unerlässlich ist. Denn auch die Sicherheit denkt man sich nicht als die gewaltsame Garantie der geltenden Ordnung, als Staatssicherheit, sondern als Schutz der Unversehrtheit von Leib und Leben der Bürger.

Weil Bürger ihre lizenzierte Freiheit als ein natürliches Recht ohne Staat missverstehen, fühlen sie sich unfrei, sobald sie auf Indizien stoßen, dass Freiheit ein Herrschaftsverhältnis ist; weil sie die Sicherheit, die der Staat stiftet, für einen Dienst an sich halten, entdecken sie einen Übergriff, sobald sie Maßnahmen entdecken, die sie nicht auf den Schutz von Leib und Leben beziehen können. Schon die Suche nach der berühmten „Verhältnismäßigkeit“ der nötigen Einschränkungen beider definiert die revolutionäre Grundsatzalternative von Freiheit und Knechtschaft in einer ersten Verarbeitungsstufe allerdings wieder auf Normalmaß herunter. Es wird deutlich, dass der Idealismus der Freiheit, an den Snowden appelliert, selbst eine Übertreibung ist, die die bürgerliche Welt bei Bedarf auch niedriger hängt. Die Zeitungen, die sein Material nutzen und verbreiten, verstehen sich darauf: Ihre Empörung gilt einem *Un- und Übermaß der Schnüffelei* von „*außer Rand und Band geratenen Geheimdiensten*“. Das universelle Misstrauen, das die Staatsorgane betätigen, hätten die in ihrer überwiegenden Mehrzahl unbescholtenen Bürger nicht verdient; überhaupt passe ein Generalverdacht gegen jedermann nicht zum demokratischen Staat. Der tue gut daran, bis zum Beweis des Gegenteils dem Bürger Vertrauen entgegenzubringen, anstatt das Vertrauen, das der in die Obrigkeit als den Garanten seiner Freiheit setzt, durch das Ausspionieren seines Alltags zu untergraben.

Solche Empörung ist gar nicht weit entfernt von dem unaufgeregten Abwinken, das Snowdens Aufdeckungen bei anderen auslösen: Bei ihrer Kommunikation, meinen nicht wenige, könne der Staat ruhig mithören und lesen, er werde nichts finden; sie hätten nichts zu verbergen, also auch nichts zu fürchten. Die Wortmeldung, die sich über das Aushorchen empört, weil die Bürger doch loyal sind, und die, die dasselbe nicht fürchtet, eben weil die Bürger loyal sind, kennen und anerkennen also beide die Freiheit als ein Sich-Bewegen in Erlaubnissen und Verboten und finden nichts dabei, dass diese Freiheit genau so weit reicht, wie die Bürger sich in Konformität mit ihnen befinden. ◀

Fortsetzung in GS 13-S. 54 und auf


<http://farberot.de/text/details/142-Snowden.html>

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens gibt es als mp3-Download auf www.argudiss.de und www.farberot.de

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

Ort Frankfurt, Studierendenhaus
Campus Bockenheim, Jügelstraße 1
(Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum K1, K2, K3 (1. Stock) oder K4 (2. Stock)

Zeit donnerstags um 19 Uhr
Die aktuellen Termine werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht.

Veranstalter: **farbeROT & GEGENSTANDPUNKT**

Informationen zu weiteren Städten auf www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html